

DER PLATOW Brief

EXKLUSIV-RECHERCHEN AUS DEN TOP-ETAGEN

Nr. 141 | Mittwoch, 5. Dezember 2012

HIGHLIGHTS HEUTE

CDU-Parteitag – Merkel schwebt über allem	2
IT-Branche – Glanzlicht CeBIT 2013	3
EZB – Überrascht Draghi beim Zins?	3
Euro-Gruppe – Wenn der Chef geht	4

TOP-THEMA

Schlammschlacht bei ThyssenKrupp

ALTE FÜHRUNGSGARDE UNTER DRUCK — Es sind schwierige Zeiten für **ThyssenKrupp**. Die Zahlen, die der Konzern zur Bilanz-PK in der kommenden Woche präsentiert, werden alles andere als erfreulich sein. Insbesondere im Stahlgeschäft läuft es nicht rund. Im aktuellen ersten Quartal und wohl auch im zweiten Quartal ist nach unseren Informationen keine Besserung in Sicht. Noch schlimmer sind die Nachrichten, die aus Brasilien und Alabama kommen. In der ThyssenKrupp-Führung wird beim geplanten Verkauf der dortigen Stahlwerke dem Vernehmen nach nur noch mit einem Erlös von rd. 3 Mrd. Euro kalkuliert. Das wäre weit weniger als die von Konzernchef **Heinrich Hiesinger** aus Verhandlungsgründen anfangs in den Raum gestellten 7 Mrd. Euro, mit denen die beiden Werke noch in den Büchern stehen. Sollte es so kommen, sind bedrohlich hohe Abschreibungen die Folge.

In nur wenigen Jahren ist die Stahlsparte unter **Edwin Eichler** damit vom gehätschelten Vorzeigebereich zum Buhmann des Konzerns geworden. Entsprechend groß ist der Frust. So werden hinter der jüngsten Attacke gegen Compliance-Vorstand **Jürgen Claassen** insbesondere die Gegner des Konzernumbaus vermutet. Claassen ist ein enger Vertrauter von Oberaufseher **Gerhard Cromme**, der Hiesingers Strategischwenk unterstützt. Mit der durchschaubaren Medienkampagne gegen Claassen, der inzwischen um eine Entbindung von seinen Aufgaben gebeten hat, dürfte denn vor allem Cromme gemeint sein.

Cromme, der vor Jahren den Bau der beiden Stahlwerke, die sich längst zum Milliardengrab entwickelt haben, abgesegnet hat, steht unter Druck. Viel befürchten muss er indes nicht. Cromme, der auch dem **Siemens**-Aufsichtsrat vorsteht und dort eine knallharte Aufklärung aller Compliance-Vergehen durchgesetzt hat, müssten schon persönliche Verfehlungen etwa im Zusammenhang mit den aktuellen Bestechungs-/Kartellvorwürfen gegen ThyssenKrupp nachzuweisen sein. Dies dürfte kaum gelingen. Zudem genießt er als treuer Verfechter der Interessen des größten Anteilseigners weiter das Ver-

trauen von **Krupp Stiftungs**-Chef **Berthold Beitz**. Entspannt zurücklehnen kann sich aktuell aber nur Hiesinger, zu dem es heute weniger denn je eine Alternative gibt. ■

Umschuldung – Sky Deutschland nutzt die Gunst der Stunde

SULLIVANS OPTIONEN — Nach Sanierung und Einführung zahlreicher technischer Innovationen stand in diesem Jahr die Rechteerneuerung ganz oben auf der Agenda von **Sky Deutschland**-Chef **Brian Sullivan**. Im Frühjahr setzte sich der zum **Murdoch**-Reich gehörende Bezahlsender in einer teuren Zitterpartie gegen die **Telekom** durch. Und auch mit den Filmstudios **Disney**, **Warner** oder **Bavaria** ist sich Sullivan inzwischen handelseinig. Lediglich zwei Punkte stehen jetzt noch auf seiner To Do-Liste: **1.** Nach der Einigung mit **Unity** muss sich Sky noch mit **Kabel Deutschland** und der Telekom über die Distributionswege einigen. **2.** Noch wichtiger ist aber die Umschuldung der in den kommenden zwei Jahren fälligen Verbindlichkeiten.

An dem Thema wird aktuell mit Hochdruck gearbeitet. Es gilt die günstige Ausgangsposition auszunutzen: Im kommenden Jahr soll erstmals in der Firmengeschichte ein positives Ebitda erwirtschaftet werden. Gleichzeitig wächst die Kundenzahl seit neun Quartalen ungebrochen und der Aktienkurs kletterte in den vergangenen zwölf Monaten von 1,38 Euro auf aktuell 3,86 Euro. Für Sullivan gibt es jetzt mehrere Möglichkeiten. So könnte er die noch aus **Premiere**-Zeiten stammenden Kredite einfach verlängern oder aber die Murdoch-Gruppe, die bereits 49% an Sky Deutschland hält, würde ihren Anteil gegen Cash-Einlage aufstocken. Die Voraussetzungen dafür sind seit der vergangenen Woche gegeben, da das Finanzamt zugestimmt hat, dass Sky auch bei einer Anteilsübertragung seinen 2,1 Mrd. Euro schweren Verlustvortrag behält. 525 Mio. Euro werden im kommenden Jahr fällig. Hauptkreditgeber im aktuellen Konsortium ist die **RBS**, die ihr Geschäft in Deutschland allerdings deutlich zurückführt. Die Konsortialpartner **HypoVereinsbank** und **BayernLB** sollen aber schon in den Startlöchern stehen. ■

Verbandsvorsteher segnen LBB-Aufspaltung ab

ARBEITSKREIS ZUR ZUKUNFT ÖFFENTLICHER VERSICHERER — Vollauf zufrieden kehrte der neue **DekaBank**-Chef **Michael Rüdiger** von der Tagung der Verbandsvorsteher in Berlin zu- ▶

rück nach Frankfurt. Sieht Rüdiger die von den Regionalfürsten als „Empfehlung“ beschlossene Neuordnung der Aufgabenteilung zwischen **Landesbank Berlin** und DekaBank doch als klare strategische Stärkung seines Hauses. So soll die DekaBank von der Landesbank Berlin die Fondsgesellschaft **LBB Invest** sowie das kundenorientierte Kapitalmarktgeschäft übernehmen. Das überregionale gewerbliche Immobiliengeschäft der Landesbank Berlin mit einem Volumen von rund 18 Mrd. Euro soll künftig unter dem Dach der **Berlin Hyp** gebündelt werden. Die bisherige LBB-Tochter Berlin Hyp soll als eigenständiges Spezialinstitut der Sparkassen-Organisation positioniert werden. Befreit vom Ballast der Landesbank-Funktion soll sich die **Berliner Sparkasse** als eigenständige Hauptstadt-Sparkasse profilieren. Die von den Verbandsvorstehern empfohlene Aufspaltung der Landesbank Berlin ist denn auch vor allem ein wichtiger Erfolg für **DSGV-Präsident Georg Fahrenschon**. Es wird erwartet, dass die Gremien von LBB und DekaBank die neue Aufgabenverteilung noch im ersten Quartal 2013 absegnen werden. Geben die Verbandspräsidenten doch auch in den Gremien beider Häuser den Ton an.

Neben der Neuordnung der LBB beschäftigten sich die Verbandsvorsteher auch mit der Zukunft der zersplitterten Landschaft der öffentlichen Versicherer. Das Thema stand ohnehin auf der Tagesordnung, erhielt durch die Milliardenofferte der **Allianz** für die **Provinzial NordWest** jedoch zusätzliche Brisanz. Wie aus der uns vorliegenden Präsentation Fahrenschons hervorgeht, sind sich der DSGV-Chef und Westfalens Sparkassen-Präsident **Rolf Gerlach** durchaus einig, dass im öffentlichen Versicherungssektor akuter Handlungsbedarf besteht. So sind die öffentlichen Versicherer bei der Kosteneffizienz hinter den Markt zurückgefallen und ihre Produktqualität ist allenfalls noch Durchschnitt. Die möglichen Synergien bei einer stärkeren Konsolidierung der öffentlichen Versicherer beziffert Fahrenschon auf einen dreistelligen Millionenbetrag.

Während Gerlach jedoch den Verkauf der Provinzial, an der die westfälischen Sparkassen 40% halten, an die Allianz vorantreibt, favorisiert Fahrenschon eine Konsolidierung innerhalb des öffentlichen Versicherungssektors. Offensichtlich ist es Gerlach jedoch gelungen, die Befürchtungen, der Deal mit der Allianz könnte den Sektor der öffentlichen Versicherer sprengen, einigermaßen zu zerstreuen. Hält sich Fahrenschon, der ansonsten zu fast allen finanzpolitischen Themen seine Meinung hinausposaunt, doch mit öffentlichen Statements zu dem Allianz-Angebot auffällig zurück. ■

Merkel kann es egal sein, wer ihr den Steigbügel hält

BEKENNTNIS ZU SCHWARZ-GELB — Mit viel Lob für die eigene Regierung und dem Bekenntnis zur Fortführung der schwarz-gelben Koalition hat Kanzlerin **Angela Merkel** auf dem Parteitag in Hannover die CDU auf den bevorstehenden Wahlkampf eingestimmt. Tatsächlich läuft es gut für die Kanzlerin. In der CDU ist sie unangefochten, in den Umfragen

führt sie einsam die Hitliste der beliebtesten Politiker an und von Wechselstimmung keine Spur. Den Deutschen geht es trotz Konjunkturabschwung und Euro-Krise wirtschaftlich so gut wie schon lange nicht mehr. Da mag die schwarz-gelbe Koalition auch oft einem Tollhaus gleichen, die Kanzlerin ficht das nicht an. Merkel weiß, dass sie ihre Stammklientel mit bunten Koalitionsspekulationen nicht verunsichern darf, auch wenn die FDP weiterhin konstant unter der 5%-Hürde krebst.

Allzu ernst sollte die FDP die Treueschwüre der CDU-Chefin jedoch nicht nehmen. Denn das eigentliche strategische Ziel Merkels ist eine starke Union, an der vorbei keine Koalition gebildet werden kann. Als Garant dafür sieht Merkel vor allem sich selbst. Sollte es nach der Wahl für Schwarz-Gelb nicht reichen, wird sich Merkel schnell nach Alternativen umsehen. Mit der SPD und den Grünen verfügt die Kanzlerin gleich über zwei mögliche Optionen, die sie in gewohnter Manier gegeneinander ausspielen kann. Denn aus der Euro-Rettung hat Merkel vor allem eines gelernt: Selbst das permanente Überschreiten vermeintlich roter Linien haben ihr die Wähler ohne großes Murren nachgesehen. Bei der Regierungsbildung in schwierigen Zeiten wird dies kaum anders sein. ■

VDA – Export soll es richten

DEUTSCHLAND KEINE INSEL DER SELIGEN MEHR — Nachdem auch der deutsche Autmarkt mehr und mehr in den Abwärtsstrudel zu rutschen droht, setzt die Branche auf die Ausfuhren speziell nach Übersee (China, USA). Dies soll laut Branchenverband **VDA** auch der Grund dafür sein, dass im kommenden Jahr sogar mit einer leicht steigenden Inlandsproduktion gerechnet wird. Die Konzentration auf Premiumwagen zahlt sich somit für Deutschland aus. Immerhin beträgt der Weltmarktanteil in diesem Segment 80%. Nach rund 3,1 Mio. Neuregistrierungen (-2%), die für den deutschen Pkw-Markt im laufenden Jahr erwartet werden, geht Verbandschef **Matthias Wissmann** für das kommende Jahr von etwa drei Millionen Fahrzeugen aus. Damit würde der Absatz hierzulande ausgerechnet im Jahr der **Pkw IAA** (14. bis 22.9.2013 in Frankfurt) weiter schrumpfen.

Mit einem Pkw-Zulassungsrückgang um rund 2% im laufenden Jahr steht Deutschland aber noch verhältnismäßig gut da. Viel schlimmer erwischt es derzeit die großen Märkte Frankreich, Spanien oder Italien. Im November musste Frankreich einen Rückgang um 19,2% bei den Neuwagenverkäufen verkünden. In den ersten elf Monaten summierte sich damit das Minus auf 13,8%. Im Gesamtjahr werden jetzt rund -14% erwartet. Während die heimischen Marken **Peugeot** und **Renault** zurzeit besonders hart gebeutelt werden, zeigt **Hyundai-Kia**, dass selbst in einem miesen Umfeld durchaus noch Zuwächse erzielt werden können (+20,5%).

In Italien ging es im vergangenen Monat bei den Neuzulassungen 20,1% bergab, der VDA geht dort von 1,4 Mio. Neuzulassungen für 2012 aus. Dies wären etwa 900 000 Einheiten weniger als im langjährigen Durchschnitt. In der Stiefelrepu-

blik ruht die Hoffnung auf den Wahlen im kommenden Jahr. Dies soll ein verbessertes Konsumentenvertrauen bringen. Besonders tragisch ist derzeit die Entwicklung in Spanien. Trotz der eingeführten Subventionierungspolitik rauschten die Neuwagenverkäufe im November um 20,3% in den Keller. Die Branche betont jedoch, dass es ohne die staatliche Hilfe noch deutlich stärker bergab gegangen wäre. ■

Finanzmarktregulierung beschert Ernst & Young deutliches Wachstum

BERATUNGSBEDARF STEIGT — In unsicheren Zeiten suchen die Menschen verstärkt Rat, im Fall von Unternehmen den der Juristen, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer. Das macht sich auch bei der deutschen Sektion der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft **Ernst & Young** bemerkbar, die ihren Umsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr (per 30.6.) um 6,9% auf mehr als 1,2 Mrd. Euro steigern konnte. Auch das erste Quartal des laufenden Geschäftsjahres zeige mit einem Umsatzplus von weiteren 7% eine Fortschreibung dieses Trends, so Ernst & Young-Deutschland-Chef **Georg Graf Waldersee**.

Als starker Wachstumstreiber entwickelte sich der Bereich Advisory Services mit einem Umsatzplus von 13%. Besonders Beratungsleistungen für Finanzdienstleister vor dem Hintergrund regulatorischer Reformen wie Basel III und Solvency II würden derzeit stark nachgefragt, so Graf Waldersee. Ebenfalls deutlich zulegen konnte die Transaktions- und Steuerberatung, da viele Unternehmen auf Grund der konjunkturellen Entwicklungen seit Mitte 2011 ihre Geschäftsmodelle z. T. völlig neu ausrichten mussten. So nahmen gerade Unternehmen, die ins außereuropäische Ausland expandierten, häufig Beratungsleistungen in Bezug auf Umsatzsteuer und Zölle, aber auch mit Blick auf die rechtliche und steuerliche Begleitung von Auslandsentsendungen in Anspruch.

Etwas ins Hintertreffen gerät derzeit die eigentliche Wirtschaftsprüfung, die bei Ernst & Young Deutschland immerhin knapp ein Drittel des Umsatzes ausmacht. Hier ging der Umsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr preisbedingt um 1,5% zurück. Die gleichzeitig steigende Nachfrage nach prüfungsnahen Dienstleistungen wie die bilanzielle Beratung und die so genannten forensischen Dienstleistungen (z. B. Implementierung vom Compliance-Management-Systemen) sorgte jedoch für den nötigen Ausgleich, so Graf Waldersee. ■

CeBIT 2013 – IT-Branche zeigt sich in glänzender Verfassung

ÜBERDURCHSCHNITTliche WACHSTUMSRATEN — Noch drei Monate sind es bis zum Start der Computermesse **CeBIT** in Hannover (5. bis 9.3.2013). Eine Zeitspanne, für die so mancher Unternehmer kaum noch eine Prognose abgeben mag, zu unsicher sind die Aussichten auf Grund der ungelösten Staatsschulden- und Finanzmarktkrise. In der IT-Branche stehen die

Zeichen dagegen eindeutig auf Wachstum, Krise hin oder her. Entsprechend optimistisch zeigte sich **Frank Pörschmann**, CeBIT-Vorstand der **Deutschen Messe AG**, gestern bei der Vorstellung des 2013er-Programms des weltweit bedeutendsten Branchentreffs der digitalen Wirtschaft. Er erwarte, dass es auch im kommenden Jahr wieder gelingen werde, die weltweit führende Stellung der CeBIT noch weiter auszubauen.

Rückenwind bekommt Pörschmann von den aktuellen Wirtschaftsdaten der ITK-Branche. Weltweit werden in diesem Jahr rund 2,5 Billionen Euro mit IT und Telekommunikation umgesetzt, gut 5% mehr als 2011. Damit wächst der Markt stärker als die Gesamtwirtschaft – eine Entwicklung, die sich auch in Deutschland zeigt. Hier dürfte der Markt 2012 um 2,8% zulegen, der Umsatz liegt damit erstmals über der Marke von 150 Mrd. Euro. Dieses überdurchschnittliche Wachstum überrascht, so **BITKOM**-Vizepräsident **Heinz-Paul Bonn**, habe man doch Anfang des Jahres eher mit einer Eins vor dem Komma gerechnet. Doch der geradezu reißende Absatz von Smartphones und Tablet-PCs nebst dazugehöriger Anwendungen sorgten im Jahresverlauf für einen Extraschub. Der Peak dürfte hier zwar nun langsam aber sicher erreicht sein – Bonn rechnet in 2013 mit einer etwas flacher verlaufenden Wachstumskurve –, dennoch soll es laut BITKOM-Prognose auch im kommenden Jahr für einen weiteren Umsatzrekord reichen.

Entsprechend gut fallen auch die Ergebnisse der aktuellen Verbandsbefragung unter den Mitgliedsunternehmen aus. Fast drei Viertel der Befragten rechnen 2013 mit steigenden Umsätzen, mehr als jedes zweite Unternehmen will zusätzliches Personal einstellen. Wachstumstreiber dürfte vor allem der fortschreitende Trend zum Teilen von Dateien und Software im Netz sein, der bei der anstehenden CeBIT unter dem Schlagwort „Shareconomy“ zusammengefasst wird. Dank Cloud Computing und fortschreitender Digitalisierung der Industrie ist ein Ende des Wachstumspfades noch lange nicht in Sicht. ■

Beim Leitzins ist noch ein Schnaps nach unten drin

ÜBERRASCHT DRAGHI DIE MÄRKTE SCHON MORGEN? —

An diesem Donnerstag tritt der EZB-Rat letztmalig in diesem Jahr zusammen und Präsident **Mario Draghi** anschließend vor die Presse. Er kann eine positive Bilanz ziehen. Die **EZB** hat unter seiner mittlerweile ein gutes Jahr währenden Regentschaft mit ihren z. T. sehr umstrittenen unkonventionellen Maßnahmen den Bankensektor stabilisiert, zunächst mit zwei 3-Jahres-Tendern über insgesamt 1 000 Mrd. Euro und später mit der Ankündigung unbegrenzter Käufe von Staatsanleihen schwacher Euro-Länder (OMT) wie etwa Spanien oder Italien. Selbst Kritiker müssen einräumen, das Draghi allein mit der Ankündigung dieses „Sündenfalls“ die Märkte so sehr beruhigt hat, das die klassischen geldpolitischen Instrumente wieder Wirkung zeigen können. Das gilt besonders für den Leitzins, während die Steuerung über die Geldmenge noch an der gewährten Vollzuteilung der Bankgebote scheitert. Allerdings ►

hat sich die Liquiditätssituation des Bankenapparats wesentlich entspannt, weil die Institute bei den wöchentlichen Tendern von Mal zu Mal niedrigere Summen abrufen.

In diesem Kontext könnte Draghi mit einer Leitzinssenkung um 25 Basispunkte auf dann 0,5% schon an diesem Donnerstag ein Zeichen für 2013 setzen und der sich abzeichnenden konjunkturellen Abschwächung frühzeitig gegensteuern. Draghi ist ein in der Wolle gefärbter Investmentbanker. Er kennt die Gesetze des Marktes. Auch weiß er, wie dessen Akteure ticken. Ein Zinssignal zum Jahreschluss wäre wirkungsvoll – und Wirkung will Draghi immer erzielen. Den meisten Aktienmärkten würde ein solcher Schritt zu neuen Jahreshochs verhelfen, zumal die **Fed**, die knapp eine Woche später tagt, mit neuen Kaufprogrammen noch nachlegen kann. Die meisten Konjunkturprognosen, auch der Forecast der EZB, begünstigen Zinsmaßnahmen. Sie gehen von einer Eintrübung im ersten Halbjahr aus. Von der Preisfront droht kein Ungemach. Auf dem Energiemarkt zeichnet sich eine Entspannung ab. Zuletzt meldeten die Statistiker für die gesamte Euro-Zone eine Annäherung an das von der EZB angepeilte Stabilitätsziel von um die 2%. Die Schuldenkrise ist weitgehend im Griff. Einzige Hürde für eine Zinssenkung könnte der Umstand sein, dass bei Beibehaltung des Abstands zwischen Leitzins und Einlagensatz der Banken bei der EZB von 75 Basispunkten letzterer negativ werden würde. Für ein solches Szenario fehlt bisher die Erfahrung. Das Problem ließe sich aber leicht lösen, wenn nur der Leitzins gesenkt würde und der Einlagensatz für Gelder, die die Banken bei der EZB über Nacht parken, bei Null belassen würde. Dann hätte sich der Abstand zum Leitzins auf 50 Basispunkte reduziert. ■

EURO-GRUPPE

WENN DER CHEF GEHT — Euro-Gruppenchef **Jean-Claude Juncker**, ein auch in Frankfurt immer wieder gern gesehener Gast, will gehen. Das wollen Beobachter kaum glauben. Zu lange hat Juncker, der zugleich die Regierung des Kleinstaats Luxemburg führt, auf dem glatten Brüsseler Parkett agiert und sogar den mächtigen Nachbarn gern die Zähne gezeit. Das hat seiner Beliebtheit aber keinerlei Abbruch getan. Wie kein anderer hat es Juncker verstanden, auszugleichen, sich temperamentvoll zu Wort zu melden und dies in den unterschiedlichsten Sprachen. Das Rennen um die Nachfolge ist eröffnet, es wird aber nichts mehr so sein, wie es einmal war. Nachdem der wichtige Posten bisher von einem Zwergstaat wie Luxemburg besetzt wurde, bewerben sich jetzt die

Finanzminister der mächtigsten Euro-Mitglieder, Deutschland und Frankreich. Ob **Wolfgang Schäubles** Lebenstraum dabei in Erfüllung geht, ist fraglich, denn auch der Franzose **Pierre Moscovici** hat seinen Hut in den Ring geworfen. Sicher scheint nur, dass der Top-Job in der Euro-Zone (noch) nicht hauptamtlich vergeben wird. Chef der Euro-Gruppe zu sein, bleibt bis auf weiteres ein Nebenjob. Würden Schäuble oder Moscovici dieses Amt in Zukunft ausschließlich bekleiden, würde das nicht passen zu den nach Brüssel ausgelagerten Kompetenzen. Vor allem Frankreich ist längst nicht bereit, sich von Brüssel finanzpolitisch reinregieren zu lassen. Bei allem Zentralismus der Franzosen wollen sie diesen nur bei sich zuhause ausleben. Brüssel ist nicht Paris. Bis zum Verzicht auf nennenswerte Budgethoheit ist es noch weit.

ZU GUTER LETZT

Deutschland und China – Was ist die Wahrheit?

Huawei Technologies ist das größte chinesische Unternehmen in Deutschland. Um mehr über die Meinung der Deutschen zu China und umgekehrt zu erfahren, hat die Geschäftsführung bei **TNS Infratest** die Studie „Deutschland und China – Wahrnehmung und Realität“ (127 S.) in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse jetzt vorliegen. Mit Hilfe von Fakten und statistischen Kennzahlen wird das immer noch sehr ambivalente Bild, das die Bevölkerung beider Länder vom jeweiligen Gegenüber hat, in einen objektiveren Zusammenhang gerückt und erklärt. Der Untersuchung liegen einige hundert Interviews zugrunde, die auf beiden Seiten geführt wurden, mit Privathaushalten, wirtschaftlichen Führungskräften oder Personen, die politische Ämter bekleiden. Die Ausgangsbasis für beide Länder, sich besser zu verstehen und Vorurteile abzubauen, ist gut, denn pro Jahr bereisen mittlerweile mehr als eine halbe Million Deutsche die Volksrepublik und umgekehrt. Allerdings bedienen Medien nach wie vor Klischees. Am positivsten wird Deutschland von den Chinesen in den Bereichen Wirtschaft und Sport wahrgenommen, während China in Deutschland vor allem wegen seiner Kunst und Kultur geschätzt wird. Eine elektronische Version der Studie ist unter **huawei.de** verfügbar.

„Jeder weiß, welche Reformen wir brauchen, aber niemand weiß, wie wir sie einführen und danach eine Wahl gewinnen können.“

JEAN-CLAUDE JUNCKER

Es grüßt Sie herzlichst
Das PLATOW Team



Einfach mehr wissen!

Mit den PLATOW Sonderpublikationen



www.platow.de

PLATOW Prognose 2013 Euro-Krise – So retten Sie Ihr Geld



Als Abonnent ordern Sie die PLATOW Prognose (288 Seiten) zum Vorzugspreis von 54 (statt 61) EUR.

+ ANALYSEN + HINTERGRUNDINFOS + EMPFEHLUNGEN + ANALYSEN + HINTERGRUNDINFOS + EMPFEHLUNGEN + ANALYSEN + HINTERGRUNDINFOS + EMPFEHLUNGEN + ANALYSEN +

Mit seiner Ankündigung, gegen harte Auflagen notfalls unbegrenzt Staatsanleihen kaufen zu wollen, hat EZB-Präsident Mario Draghi die Kapitalmärkte besänftigt. Doch gelöst ist die Euro-Krise damit noch keineswegs. Die Rezession hält die südeuropäischen Schuldenstaaten im Teufelskreis aus sinkender Wirtschaftsleistung und trotz aller Sparanstrengungen weiter steigenden Staatsdefiziten gefangen. Dauerniedrige Zinsen und die Inflation nagen an den Ersparnissen der Anleger. **Für Investoren birgt ein solches Umfeld große Herausforderungen, aber auch neue Chancen.**

Der Klassiker unter den Anlagehandbüchern liefert Anlegern einen Kompass, der Sie sicher durch die Untiefen der Euro-Krise navigiert.

Der Höhepunkt der alljährlichen PLATOW-Veröffentlichungen bietet dabei nicht nur einen konjunkturellen Ausblick auf das Jahr 2013, sondern beleuchtet die Chancen und Risiken auf den Kapitalmärkten weltweit. Da gerade jetzt die richtige Aktienausswahl entscheidend ist, werden die von der Redaktion favorisierten Investments im Detail präsentiert.

DIE THEMEN

- **Schwerpunktthema:** Anlagestrategien im Zeichen der Euro-Krise
- **Deutsche Konjunktur:** Dem Lastesel geht die Puste aus
- **Top-Aktien**
Die Top 20-Aktien aus Deutschland
30 Top-Aktien aus Westeuropa, Nordamerika, Japan/Australien und den Emerging Markets
- **Zinsen, Anleihen und Währungen**
- **Kapitalanlage**
Trends: Die Macht der Geldpolitik, das Risiko-Spiel der Großanleger
Rohstoffe und Edelmetalle: Gold lockt mit Sonderstatus, Öl bleibt Spielball der Politik
Strukturierte Produkte: Die neuesten Trends am Zertifikate-Markt
Die besten Immobilienaktien, offene und geschlossene Fonds

Bitte umseitigen Bestellschein ausfüllen!

BESTELLUNG PER

FAX: 069 236909

oder E-Mail: info@platow.de

Hier online bestellen



www.platow.de

Antwort

DER PLATOW Brief
Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH
Stuttgarter Straße 25
60329 Frankfurt


PLATOW Prognose 2013 Euro-Krise – So retten Sie Ihr Geld

Ihr Vorteil:

Bei Mehrfachbestellungen gewähren wir Ihnen attraktive Rabatte:

ab 20 Exemplaren	10,0%
ab 50 Exemplaren	12,5%
ab 100 Exemplaren	15,0%

Hiermit bestelle ich:

 Exemplar(e) der PLATOW Prognose 2013 „Euro-Krise – So retten Sie Ihr Geld“ (288 Seiten; ISBN 978-3-943145-09-0) zum Vorzugspreis für Abonnenten von 54 (statt 61) Euro. Alle Preise verstehen sich inklusive der deutschen MwSt. und Versand.

Widerrufsrecht: Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von zwei Wochen ohne Angabe von Gründen in Textform (z. B. Brief, Fax, E-Mail) widerrufen. Die Frist beginnt nach Erhalt dieser Belehrung in Textform. Zur Wahrung dieser Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Der Widerruf ist zu richten an: DER PLATOW Brief, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Stuttgarter Straße 25-29, 60329 Frankfurt.

Ich bin: Abonnent Nichtabonnent

.....
Name, Vorname

.....
Kundennummer (falls zur Hand)

.....
Firma


.....
Geburtsdatum

.....
Straße, Hausnummer

.....
Branche

.....
PLZ, Ort

.....
Funktion im Unternehmen


Datum, Unterschrift

.....
E-Mail

Zahlung per Bankeinzug

Zahlung per Rechnung

.....
Telefon, Fax

.....
BLZ

.....
Konto

.....
Kreditinstitut


Datum, Unterschrift